Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inl.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Mes.-Auflage 17,400.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 111. Freitag den 21. April 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Zur Feier des Geburtstages Seiner Majestät des Königs von Sachsen wird Sonntag, den 23. April dieses Jahres, Mittags 2 Uhr
ein **Festmahl** im hiesigen **Schützenhause** stattfinden.

Diejenigen Herren, welche sich daran betheiligen wollen, werden ersucht, die Tafelkarten à 4 Mark bis zum Abend des 21. dieses Monats auf unserer Nuntiatur im Rathhause zu entnehmen. Daselbst werden auch Bestellungen auf Tafelplätze angenommen. Ohne vorherige Bestellung werden Plätze nicht reservirt.

Leipzig, den 13. April 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Zu genauer Nachachtung bringen wir hierdurch die Vorschriften:

daß jeder ankommende Fremde, welcher hier übernachtet, am Tage seiner Ankunft, und wenn diese erst in den Abendstunden erfolgt, am anderen Tage Vormittags von seinem Wirthe bei unserm Meldeamte (Abtheilung für Fremdenverkehr) anzumelden ist, diejenigen Fremden aber, welche länger als drei Tage hier sich aufhalten, Anmeldeschein zu lösen haben.

in Erinnerung und bemerken, daß Vernachlässigungen derselben mit einer Geldbuße bis zu 15 ℳ oder verhältnißmäßiger Haftstrafe geahndet werden würden.

Leipzig, am 17. April 1882.
Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Richter. Taegner, S.

Bekanntmachung.

Am 24. dies. Mon. wird mit der Pflasterung der **Kurprinzstraße** begonnen werden, und zwar zunächst auf der Strecke zwischen der Thür des Grundstückes Nr. 15 und der Windmühlenstraße. Die Kurprinzstraße wird daher von gedachtem Tage ab, je nachdem dies die Pflasterarbeiten nöthig machen, streckenweise **für den gesammten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 20. April 1882.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dennig.

Nicolaigymnasium.

Zu der Vorfeier des Geburtstags Sr. Majestät des Königs, welche die Anstalt am 22. April, Vormittags 10 Uhr, abhalten wird (Festredner Herr Prof. Dr. Haltgren), ladet hierdurch ehrerbietigst ein

Leipzig, den 20. April 1882. Dr. Th. Vogel.

Versteigerung von Bauplätzen.

Das an der **hergestellten Albert-, Carola-** und **Victoria-Straße** sowie am **Mühlweg** in Reudnitz gelegene **Areal** der dem Johannishospitale gehörigen Parzelle Nr. 317 des Flurbuchs für **Reudnitz** soll zu **8 Bauplätzen**

Mittwoch, den 26. dss. Mts., Vormittags 11 Uhr.

auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, an die **Meistbietenden** verkauft werden.

Der betreffende Parzellirungsplan, auf welchem die Größe der einzelnen Bauplätze angegeben ist und die Verkaufsbedingungen liegen ebendaselbst auf dem großen Saale schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 18. April 1882.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Sterg.

Der Inhaber des von unserem II. Filial als abhanden gekommen angezeigten Interimsscheins über das Sparcassenbuch Serie II. Nr. 16,779 wird hierdurch aufgefordert, denselben innerhalb drei Monaten und längstens am 22. Juni d. J. an die unterzeichnete Anstalt zurückzugeben oder seine Recht daran zu beweisen, widrigenfalls der Sparcassen-Ordnung gemäß dem angemeldeten Verlustträger nach erfolgter Beeidigung seiner Ansprüche das Buch ausgehändigt werden wird.

Leipzig, den 19. April 1882.
Die Verwaltung des Leihhauses u. der Sparcasse.

Reformirte Gemeinde.

Der Unterricht für die zur Confirmation im Jahre 1883 angemeldeten Knaben beginnt am 26. April, für die Mädchen am 25. April. Das evangelisch-reformirte Pfarramt.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Parteilage.

Die eben abgelaufene parlamentarische Ferienzeit hat manchen Blättern Gelegenheit gegeben, an die nationalliberale Partei im Hinblick auf künftige Wahlen allerlei gut gemeinte Rathschläge und Ermahnungen zu richten.

Besonders die Forderung eines neuen Programms unter Stellungnahme zu den wichtigsten schwebenden Fragen ist wieder erhoben worden. Wir vermögen uns nicht zu überzeugen, daß der Erlaß eines neuen grundlegenden Programms unter den obwaltenden Umständen das Richtige wäre. Ein Programm, wenn es ist, was es sein soll, nämlich die Richtschnur für das dauernde Verhalten einer Partei, kann immer nur aus sehr allgemein gefaßten Sätzen bestehen. Es ist unentbehrlich bei der Neubildung einer Partei und unter Umständen kann es wünschenswerth sein nach großen politischen Krisen. Im Uebrigen genügt es, wenn die Parteien an wichtigen Wendepuncten des politischen Lebens ihre Auffassung in minder feierlichen Kundgebungen aussprechen. So hat es die nationalliberale Partei immer gehalten.

Demnächst wird man nun allerdings in Preußen aus Anlaß der bevorstehenden Landtagswahlen an einem solchen Wendepunct angelangt sein. Selbstverständlich wird die nationalliberale Partei bei dieser Gelegenheit mit einer Erklärung vor das Land hervortreten; aber sie wird sich nicht wesentlich unterscheiden können von dem entsprechenden Actenstück des Jahres 1879. Die drei Jahre einer conservativ-clericalen Majorität haben im Grunde genommen in der Gesetzgebung einen unfruchtbaren Stillstand hervorgebracht. Zu neuen weittragenden Aufgaben Stellung zu nehmen, haben sie überhaupt keine Gelegenheit geboten. Und wo hier und da wirklich ein Stück Reaction durchgesetzt worden ist, da ist das einfache Festhalten an dem alten Standpuncte der nationalliberalen Partei angesichts der Wahlen erst recht am Platze.

Jene obenerwähnten Rathschläge sind allerdings auch mehr auf das Verhalten der Partei in den Reichsangelegenheiten gemünzt. Die Auflösung des Reichstags, auf welche man sich dabei beruft, halten auch wir für möglich, aber keineswegs für so wahrscheinlich, wie man dies vielfach zu thun scheint. Die öffentliche Meinung in Deutschland ist zweifellos ganz überwiegend gegen das Tabakmonopol; und sie wird darin durch die eingehende Beleuchtung, welche der Plan im Reichstage erfahren wird, noch bestärkt werden. Das ist denn doch eine durchaus andere Lage als im Jahre 1878 nach der Ablehnung des Hödelgesetzes und dem Nobiling'schen Attentate. Und so trauen wir dem Kanzler bei seinem feinen politischen Instincte den Gedanken nicht zu, das Tabakmonopol zum Loosungworte eines Wahlkampfes zu machen. Sollte es dennoch geschehen, so wüßten wir auch hier nicht, wie die nationalliberale Partei eine wesentlich andere Position als im vorigen Jahre nehmen sollte.

Man sagt, es gelte, zu den großen socialpolitischen Plänen des Reichskanzlers Stellung zu nehmen. Dies hat die Partei bereits am 29. Mai vorigen Jahres gethan, indem sie erklärte, alle Vorschläge der Regierung unbefangen prüfen und dem als nützlich Erkannten ihre Unterstützung gewähren zu wollen, und dann fortfuhr: „Dies gilt namentlich auch von den Vorschlägen, welche für die arbeitenden Classen die Förderung der Wohlfahrt und den Schutz gegen die Folgen von Unglücksfällen im Auge haben. Getreu der natürlichen und übernommenen Verpflichtung werden wir der socialistischen Bewegung nicht lediglich durch die Niederhaltung drohender und gewaltsamer Ausbrüche, sondern vor Allem auch durch positive Maßregeln für das Wohl der arbeitenden Classen entgegenzutreten bemüht sein.“ Diese ausdrückliche Stellungnahme widerlegt zugleich den Vorwurf, daß die Partei sich gerade um die wichtigsten Fragen herumzudrücken versucht habe.

Auch für die Zolltariffrage, welche dabei besonders ins Auge gefaßt worden, trifft dies nicht zu. Vielmehr werden ebenfalls in der Erklärung vom 29. Mai die Gründe, welche die Aufrechterhaltung des alten Grundsatzes, daß in der nationalliberalen Partei abweichenden Anschauungen über Zollfragen Raum gelassen werden muß, absolut nothwendig machen, nochmals klar aufgeführt. Es unterliegt überhaupt keinem Zweifel, daß in jener Erklärung vom 29. Mai v. J. die Partei sich erschöpfend über Alles ausgesprochen hat, worüber aufgeklärt zu werden die öffentliche Meinung verlangen konnte. Sie würde heute kaum anders reden können.

Nicht neue „Programme“, neue „Stellungnahmen“ also thun uns noth, sondern Thatkraft in den einzelnen Wahlkreisen. Diese Thatkraft anzufachen und zu stärken, das muß jetzt die erste Aufgabe unserer Freunde sein. Es gilt zu handeln!

Leipzig, 21. April 1882.

Es ist nicht allein der preußische Landtag, welcher durch die Einberufung des Reichstags in der ruhigen Erledigung seiner Geschäfte gestört wird, sondern auch andere Landtage, bei denen eine größere Anzahl von Mitgliedern zugleich dem Reichstage angehört, werden durch den Beginn der Reichstagssession in eine sehr schwierige Geschäftslage versetzt, so namentlich der bairische und der badische, die noch mitten in der stärksten Arbeit sich befinden. Der preußische Landtag wird voraussichtlich seine Arbeiten dermaßen beschleunigen, daß er nur wenige Tage mit dem Reichstag concurrirt und dieser Rücksicht auf die übergeordneten gesetzgeberischen Geschäfte des Reichs kann die Anerkennung nicht versagt werden. In früheren Jahren war die Bemerkung zu machen, daß andere Landtage eine ebenso große Rücksicht auf das Reich nicht nahmen wie der preußische, dem allerdings die Schwierigkeiten eines gleichzeitigen Tagens mit dem Reichstag besonders fühlbar werden. Wir möchten die Hoffnung aussprechen, daß in diesem Jahre auch andere Volksvertretungen, die eine erhebliche Anzahl von Reichstagsabgeordneten zu ihren Mitgliedern zählen, ihre Arbeiten aufs Aeußerste beschleunigen, um die Reichsgesetzgebung ohne Hindernisse fungiren zu lassen. Es wird ohnehin nicht leicht sein, zu so vorgerückter Jahreszeit immer einen beschlußfähigen Reichstag beisammen zu halten.

Zur Besprechung über ein einheitliches Verfahren bei den die Berufs-Zählung vom 5. Juni d. J. betreffenden Arbeiten sind die Vorstände der deutschen statistischen Centralstellen vom Director des kaiserlichen statistischen Amtes zu einer Conferenz eingeladen worden, welche anfangs nächster Woche in Erfurt stattfinden wird. Durch das Reichsgesetz über die Berufsstatistik vom 13. Februar d. J. und die darauf bezüglichen Beschlüsse des Bundesrathes ist zwar die Einheitlichkeit des Zählungsverfahrens für alle deutschen Staaten im Allgemeinen gesichert, jedoch bleibt dabei für die technische Behandlung mancher Einzelfragen die Nothwendigkeit einer Verständigung zwischen den ausführenden Behörden bestehen, da Verschiedenheiten der Behandlung leicht von störendem Einflusse auf die Zählungsergebnisse werden können und bei der Wichtigkeit dieser Aufnahmen nichts vernachlässigt werden darf, was ihre Vollständigkeit und Zuverlässigkeit zu fördern geeignet ist.

Wie es heißt, hat Fürst Bismarck sich auch bis jetzt noch völlig schweigsam gegenüber dem kirchenpolitischen Compromiß verhalten; die übrigen Minister sind genöthigt, weiter zunächst im Herrenhause, dessen Commission ihre Berathungen begonnen hat, durchaus auf eigene Faust zu experiren. Trotz alledem wird von hervorragenden Mitgliedern aller Parteien des Abgeordnetenhauses mit dem Zustandekommen des Compromisses als einer kaum zu bezweifelnden Thatsache gerechnet; und man ist überzeugt, daß das Centrum, da es mit dem Monopol weder bezahlen will noch kann, sich bei der Berathung der socialpolitischen Vorlagen im Reichstag erkenntlich zeigen, vor den Mängeln derselben ein Auge — und nöthigenfalls auch beide — zudrücken wird.

Die „Prov.-Corr.“ schließt einen Artikel über die parlamentarischen Aufgaben wie folgt: „Die kirchenpolitische Vorlage harrt noch ihrer Erledigung; zunächst steht es beim Herrenhause, sein Wort zu derselben und zu den Vorschlägen des Abgeordnetenhauses zu sprechen. Mögen alle Stellen, von deren Mitwirkung das Gelingen abhängt, sich von demselben Gesichtspuncte, wie die Regierung, leiten lassen, nämlich, unter Aufrechterhaltung der für den Staat unbedingt nothwendigen Befugnisse, der katholischen Bevölkerung Preußens so viel Erleichterung für Befriedigung ihres religiösen Bedürfnisses, wie vorläufig möglich ist, zu verschaffen und dadurch auch den dauernden kirchlichen Frieden zu fördern.“

Die Erklärung der deutschen Wählerversammlung in Hermannstadt zum Schutze der deutschen Sprache und Schule in Ungarn, deren Inhalt bereits kurz mitgetheilt worden ist, hat folgenden Wortlaut:

„Wir verwahren uns gegen jede Verdächtigung unserer Staatstreue und weisen mit Entrüstung jeden Versuch zurück, uns und die Sachsen in Siebenbürgen überhaupt als Feinde des ungarischen Staates hinzustellen. Unsere Treue gehört den Gesetzen dieses Staates und seinem rechtmäßigen Herrscher, unsere Liebe dem Vaterland.

Aber wir, die wir Bürger Ungarns sind und Deutsche bleiben wollen, weisen mit derselben Entschiedenheit zurück auch jene, jetzt allenthalben und je länger desto ungereimter und zudringlicher hervortretenden, die Gewissen richtenden Bestrebungen, welche, missachtend zu Recht bestehende Grundgesetze eben dieses Staates, in dem Festhalten der eigenen Nationalität, sofern diese nicht die magyarische ist, und in jedem noch so loyalen Bemühen, die Bedingungen des Bestandes dieser Eigenart und ihrer Cultur in diesem Lande zu erhalten, nur den Ausdruck der Feindseligkeit gegen den ungarischen Staat oder Mitbürger anderer Zunge erblicken wollen, und durch solche Verkennung und Verleumdung vielmehr selbst dem Vaterlande schwere Wunden schlagen und die Ruhe und den Frieden unter seinen Bewohnern verschiedener Sprache hemmen und gefährden.

Wir wünschen diesen Frieden von Herzen und den nur in ihm möglichen Segen für Alle. Beide werden nicht gestört weder durch das Verhalten unserer Reichstagsabgeordneten in dieser Sache, denen wir hiermit unsere dankbare Zustimmung freudig aussprechen, noch durch die in seinen Statuten ausgesprochene Absicht des „Deutschen Schulvereins“ in Berlin, die Deutschen außerhalb des deutschen Reiches dem Deutschthum zu erhalten, da er diese Erhaltung nirgends anders wünscht, als in Treue gegen den Staat, dem sie angehören; und darum beklagen wir die Thatsachen, welche den Anlaß seiner Erklärungen boten, — aber wir können den Ausdruck seiner Sympathien nur dankbar empfangen. Eintracht und Segen werden da sein in unserem Lande, wenn Diejenigen, welche die Macht in die Hand gelegt ward, sich für verpflichtet halten, sie auch zum Schutze derjenigen Gesetze und gesetzlichen Bestimmungen anzuwenden, welche die Weisheit der Gesetzgeber noch vor Kurzem geschaffen, damit in dem Lande, in dem nun einmal nach dem Willen der Vorsehung mehr als eine Sprache lebt und mehr als ein Volksthum wohnt, jeder diese Eigenart behalten und dennoch das Land lieb haben könne, in Allen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und das Bewußtsein der Pflicht gemeinsamer Arbeit zu gemeinsamer Wohlfahrt geweckt und unauslöschlich erhalten werde.

Diese Worten erhalten jeden Staat, sie haben sich auch in dem ungarischen als die erhaltenden in der Vergangenheit erwiesen. Wir, die wir noch an seine Zukunft und an unsere Zukunft in ihm glauben, lassen die Zuversicht, daß sie wieder zu Ehren kommen werden, nicht fahren.“

In dem Vierer-Ausschusse der ungarischen Delegation erklärte der Finanzminister Graf Szapary, die Bedeckung des außerordentlichen Credits werde theilweise durch gemeinsame Activen erfolgen. Soweit diese nicht ausreichten, werde der Rest in der üblichen Weise gedeckt, indessen die Entscheidung der Parlamente darüber eingeholt werden. Der Ausschuß nahm den Antrag des Referenten an, wonach 21,700,000 fl. mit dem Zusatze bewilligt werden, daß hiervon 5,699,000 fl. zu Fortificationen und zu Straßenbauten zu verwenden seien. Im Laufe der Debatte motivirte der Kriegsminister gegenüber der von den Delegirten Eder und Hegedues geforderten Reduction des Truppenstandes die Nothwendigkeit der Aufrechthaltung des gegenwärtigen Truppenstandes auf weitere drei Monate, indem er versicherte, er werde bestrebt sein, mit den bewilligten Summen auszukommen. Der Delegirte Max Falk sprach sich gegen eine etwaige Errichtung einer neuen Militärgrenze aus.

In Wien hat die Polizei abermals eine Antisemiten-Versammlung verboten. Andererseits wird im antisemitischen Sinne noch sehr thätig agitirt, zumal im aristokratisch-ultramontanen Lager, ja sogar in militairischen Kreisen. Das bedeutendste journalistische Armeeorgan, die „Oesterreichisch-ungarische Wehrzeitung“, bringt einen entschieden antisemitischen Artikel, in dem sie gegen die semitischen Geldverleiher und Wucherer sich wendet, denen jährlich viele brave Officiere und Officierswittwen zum Opfer fallen.

Aus Graz wird geschrieben, daß die dortigen Deutschen die Gründung eines großen Deutschen Vereins und Casinos beabsichtigen und den jüngst aus dem Reichsrathe getretenen, entschieden deutsch gesinnten Freiherrn v. Walterskirchen ersucht haben, sich an die Spitze der deutschen Bewegung in der Steiermark zu stellen. Der Verein soll im entschieden deutschen Sinne vorgehen und von jeder politischen Fühlung mit der sogenannten Verfassungspartei und der Vereinigten Linken im Reichsrathe absehen.

In Laibach haben im Hinblicke auf die heftige slavische Bewegung sich mehrere deutsche Familien und Gewerbsleute entschlossen, die Stadt zu verlassen und nach Graz zu übersiedeln. — Im Laufe der jüngsten Tage sind zur Nachtzeit mehreren deutschen Ladenbesitzern die Firmentafeln gestohlen worden. An ihrer Stelle war ein slavisches Plakat angeklebt, das die Ladenbesitzer auffordert, nur slavische Firmentafeln auszuhängen, da die deutschen von der Nationalpartei nicht mehr geduldet würden. Der Diebstahl der deutschen Firmentafeln wurde zwar der Polizei angezeigt, allein diese, zumeist aus Slaven bestehend, entdeckte nicht die Diebe und gab sich auch bezüglich ihrer Ausforschung keine sonderliche Mühe.

Aus Ragusa wird gemeldet, daß der politische Proceß gegen den Engländer Mr. Evans, Correspondent der „Pall Mall Gazette“ und des „Manchester Guardian“, Mitte Mai zur Verhandlung kommen werde. Mr. Evans befindet sich schon mehr als drei Monate in Untersuchungshaft.

In Cettinje ist unter dem Vorsitze des Fürsten Nicolaus ein Ministerrath gehalten worden, der mit der süddalmatisch-herzegowinischen Flüchtlingsfrage sich beschäftigte. Es wurde beschlossen, den flüchtigen Familien am nördlichen Ufer des Skutari-See's, in der Umgebung Zabljaks, Landstrecken zur Bewirthschaftung anzuweisen. Auch sollen seitens der montenegrinischen Bevölkerung Nahrungsmittel für die Flüchtlinge bis zu ihrer nächsten Ernte gesammelt werden. — Auch Fürst Nicolaus wird an diesen Sammlungen mit einer namhaften Geldspende sich betheiligen. Auch sind in dieser Richtung schon seit längerer Zeit bedeutende Geldbeträge von den Slaven-Comités in Petersburg, Moskau und Kiew in Aussicht gestellt worden.

Aus Belgrad wird telegraphisch gemeldet: „Das von dem abgesetzten Metropoliten Michael herausgegebene russenfreundliche Journal „Orthodoxe Stimme“ brachte einen überaus heftigen Artikel gegen das gegenwärtige serbische Cabinet, dem geradezu „Verrath an der serbischen Nation“ und „Einverständniß mit dem Feinde“ (Oesterreich) vorgeworfen wurde. — Die Belgrader Staatsanwaltschaft hat wegen jenes Artikels bereits die Anklage gegen das genannte Blatt erhoben. — Die Anhänger des Ex-Metropoliten dagegen haben ihn zu jenem Artikel beglückwünscht und ihm am Abend nach dem Erscheinen der betreffenden Journalnummer ein Ständchen gebracht. Somit hat Serbien in aller Form auch seinen — Culturkampf.“ — In Schabaz werden große Vorbereitungen zum Empfange des Königs Milan getroffen, der dort am 29. d. erwartet wird.

Der russische „Regierungsanzeiger“ enthält über die gegen die Juden gerichteten Ausschreitungen und über die sofort dagegen ergriffenen Maßregeln folgende Mittheilungen: „In Beresnegowatovic und Wissunok wurden in sieben jüdischen Häusern die Fenster eingeschlagen; der Gehilfe des Kreispolizeichefs wurde zur Herstellung der Ordnung abgesandt. In Dubossary brachen am 13. ds. Nachts ebenfalls Unruhen aus, wobei Thüren und Fenster von Häusern jüdischer Besitzer und auch das Waarenlager eines jüdischen Kaufmannes demolirt wurden. Sechs Verwundungen durch Steinwürfe sind vorgekommen, ein Jude ist tödtlich verletzt. Die Ruhe wurde noch in derselben Nacht durch die Polizei wiederhergestellt. In Letitschewo erneuerten sich am 13. ds. die gegen die Juden gerichteten Unruhen; in drei Schänken daselbst wurde der Verrath von Branntwein ausgegossen, zwei Häuser sammt den darin befindlichen Gegenständen wurden zerstört, 40 Personen verhaftet, die Ruhe Nachts um 12 Uhr wiederhergestellt. — Aus Balta berichtet der Gouverneur, daß die Ordnung daselbst ebenfalls wiederhergestellt sei und daß die Läden und Handlungen nunmehr wieder in ihren früheren Zustand gebracht werden. Gegen 50 Protokolle seien aus Anlaß der dortigen Unruhen aufgenommen und dem Friedensrichter zugestellt worden. Am 13. ds. trafen in der Colonie Debrve mit Revolvern bewaffnete Individuen aus Nikolajeff ein und beraubten die jüdischen Einwohner in Prestomikoff. Bei der Arretirung derselben durch Eisenbahngendarmen und Bahnarbeiter wurde ein Arbeiter Namens Kowtuneff am Kopfe verwundet. Ein Pole, Namens Olschewsky, ein türkischer Unterthan, Namens Feldmann, und ein Jude, Namens Balaneffsky, wurden festgenommen und nach Nikolajeff zur Untersuchung abgeführt, um dem Kriegsgerichte übergeben zu werden. — In Karpowitsch begannen die Unruhen am 12. d. M. Ein Haufe von ca. 200 betrunkenen Bauern zerstörte die im Dorfe befindliche Schänke, sowie das Haus und den Laden des jüdischen Einwohners Kaban. Das Inventar wurde theils vernichtet, theils gestohlen. Der Schaden wird auf 4000 Rubel angegeben. Mit Hilfe aus anderen Orten herangezogener Bauern wurde Nachts die Ruhe wiederhergestellt. In der Nacht vom 14. zum 15. d. erneuerten sich indessen die Unruhen mit verstärkter Kraft. Ein Volkshaufe versuchte das Besitzthum Kaban's zu zerstören, wurde jedoch durch rechtzeitiges Einschreiten der Polizei daran verhindert. Hierbei wurden sechs der Rädelsführer verhaftet. Zwei aus Nowoshukowo herangezogene Compagnien Soldaten stellten alsbald die Ordnung wieder her. Weitere Verhaftungen wurden vorgenommen; die Untersuchungen werden energisch betrieben. Um weiteren Excessen vorzubeugen, sind die erforderlichen Maßregeln ergriffen.

Ein Petersburger Privattelegramm meldet, daß Trubnikow, der Verfasser einer sehr gehässigen Broschüre gegen die Deutschen, nicht wie es hieß, aus dem Staatsdienste entlassen, sondern nur nach dem Gouvernement Orenburg versetzt worden sei.

Das Gesammtresultat der am Sonntag in Frankreich in den Hauptstädten des Departements, Arrondissements und Cantons stattgehabten Ergänzungswahlen der Gemeinderäthe läßt sich nach den vorliegenden französischen Blättern noch nicht vollständig übersehen; doch so viel steht außer Zweifel, daß die Republikaner fast überall gesiegt und die Clericalen trotz ihrer Anstrengungen keinen nennenswerthen Erfolg errungen haben. Im Departement Puy-de-Dôme hatten 22 Cantonshauptstädte ihren Gemeinderath zu vervollständigen. Davon haben 21 republikanisch gewählt. In Bordeaux wurden 12 Republikaner und 7 Reactionaire gewählt. In Besèges machten sich die Nachwehen der jüngsten Streike fühlbar; der Socialdemokrat Casimir Jourdan, der eben wegen seiner agitatorischen Thätigkeit zu zehn Monaten Gefängniß verurtheilt worden ist, siegte mit 1308 gegen 958 Stimmen über den Republikaner Allègre. Dagegen wurde in Rennes der Intransigent Manier von dem Gambettisten Fouquetes geschlagen. In Montpellier, Aix, Marseille kommt es zu Stichwahlen zwischen verschiedenen republikanischen Listen. Die Betheiligung der Wähler war besonders in den großen Städten eine außerordentlich geringe, da man sich von vornherein von dem Siege der republikanischen Sache überzeugt gehalten hatte. Beispielsweise gaben in Marseille von 64,821 eingeschriebenen Wählern nur 13,587 ihre Stimmen ab und in Dijon kamen 11,000 Stimmenthaltungen vor. Dem kürzlich publicirten neuen Municipalgesetz gemäß werden die durch diese Wahlen wieder vollzählig gewordenen Gemeinderäthe am nächsten Sonntag selbst ihre Mairs und Beigeordneten wählen, deren Ernennung bisher durch die Regierung erfolgte. Auf die Hauptstadt findet das neue Gesetz keine Anwendung.

SLUB
Wir führen Wissen.